



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

19.01.2022
HHA

Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Psychosoziale Beratung und Betreuung in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbessern**

Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Freiwillige Transferleistungen
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 58
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Förderung von Maßnahmen zur Flüchtlingsbetreuung und -integration

	von	Veränderung um	auf
--	-----	-------------------	-----

Leistungsplan:

Beträge in 1.000 EUR

	von	Veränderung um	auf
Gesamtkosten	7.079,0	+900,0	7.979,0
Produktabgeltung	7.079,0	+900,0	7.979,0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Seit Anfang 2018 unterhält das Land Hessen vier psychosoziale Zentren zur Erstberatung von psychisch belasteten und traumatisierten Geflüchteten. Diese Beratungsangebote sind massiv überlastet und müssen entsprechend aufgestockt werden. Daher ist die Einrichtung eines weiteren PsZ in Osthessen sinnvoll.

Summe: 500.000 Euro

Zudem ist für jeden der vier bestehenden Standorte eine Aufstockung der regulären Förderung über die Förderrichtlinie um 100.000 Euro auf 500.000 Euro notwendig.

Summe: 400.000 Euro

Wiesbaden, 19. Januar 2022

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:

Günter Rudolph